



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 12. Juli 2011 (02.08)
(OR. en)**

12613/11

PUBLIC 45

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
APRIL 2011

Dieses Dokument enthält

- in ANLAGE I eine Aufstellung der vom Rat im April 2011 angenommenen Rechtsakte^{1 2},
- in ANLAGE II weitere Einzelheiten zu der Annahme dieser Rechtsakte. TEIL I enthält Informationen zur Annahme der Rechtsakte, wie das Datum der Annahme, die entsprechende Tagung des Rates, die Nummer des angenommenen Dokuments und gegebenenfalls die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse, die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll. TEIL II enthält Informationen zur Annahme sonstiger Rechtsakte, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären beider Organe unterzeichnet wurden.

Dieses Dokument ist auch über die Website <http://consilium.europa.eu/> (Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates) zugänglich. Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente (Zugang zu Dokumenten des Rates: Öffentliches Register) abgerufen werden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Rechtsakte (zugänglich über die Website <http://consilium.europa.eu/> unter der Rubrik "Dokumente" – "Transparenz der Gesetzgebung" – "Ratsprotokolle").

**AUFSTELLUNG DER VOM RAT IM APRIL 2011
ANGENOMMENEN RECHTSAKTE**

Schriftliches Verfahren vom 1. April 2011

Beschluss 2011/210/GASP des Rates vom 1. April 2011 über eine Militäroperation der Europäischen Union zur Unterstützung humanitärer Hilfseinsätze als Reaktion auf die Krisensituation in Libyen ("EUFOR Libya")

ABl. L 89 vom 5.4.2011, S. 17-20

Schriftliches Verfahren vom 6. April 2011

Beschluss 2011/221/GASP des Rates vom 6. April 2011 zur Änderung des Beschlusses 2010/656/GASP zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Côte d'Ivoire

ABl. L 93 vom 7.4.2011, S. 20-25

Verordnung (EU) Nr. 330/2011 des Rates vom 6. April 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 560/2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in Côte d'Ivoire

ABl. L 93 vom 7.4.2011, S. 10-15

Schriftliches Verfahren vom 8. April 2011

Durchführungsbeschluss 2011/230/GASP des Rates vom 8. April 2011 zur Durchführung des Beschlusses 2010/656/GASP zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Côte d'Ivoire.

ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 46-46

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 348/2011 des Rates vom 8. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 560/2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in der Republik Côte d'Ivoire

ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 1-2

3081. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 11./12. April 2011 in Luxemburg

Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 über Ratingagenturen (Text von Bedeutung für den EWR)

ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 30-56

Richtlinie 2011/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates zur Erweiterung ihres Anwendungsbereichs auf Personen, die internationalen Schutz genießen (Text von Bedeutung für den EWR)

ABl. L 132 vom 19.5.2011, S. 1-4

Verordnung (EU) Nr. 511/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Korea
ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 19-27

Schlussfolgerungen des Rates zum Jahresbericht 2010 und zum Arbeitsprogramm 2011 des Europäischen Netzes für Kriminalprävention (ENKP)
Dok. 7135/1/11 REV1 + REV 1 COR 1 (de) + REV 1 COR 2 (sk) + REV 2 (mt)

Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung der Kriminalprävention durch Umweltgestaltung
Dok. 8094/11

Entschließung des Rates über den Einsatz von Polizeihunden in der Europäischen Union
Dok. 8178/11 + REV 1 (it)

Entschließung des Rates betreffend Empfehlungen für die Ausrichtung von großen Fußball- und anderen Sportveranstaltungen, insbesondere von Turnieren mit mehr als einem Ausrichterland
Dok. 8179/11 COR 1 (nl) + COR 2 (pt)

Schlussfolgerungen des Rates über den Beitrag der Zollbehörden zur Umsetzung des Stockholmer Programms bei der Bekämpfung schwerer und organisierter grenzüberschreitender Kriminalität
Dok. 8096/11

Schlussfolgerungen des Rates zur Weiterentwicklung der Risikobewertung im Hinblick auf das Katastrophenmanagement innerhalb der Europäischen Union
Dok. 8068/11 + COR 1+ REV 1 (hu, pl, sk)

Schlussfolgerungen des Rates zur Zusammenarbeit zwischen Europol und dem SECI-Zentrum/SELEC
Dok. 8185/11

Verordnung (EU) Nr. 370/2011 des Rates vom 11. April 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 215/2008 über die Finanzregelung für den 10. Europäischen Entwicklungsfonds hinsichtlich des Europäischen Auswärtigen Dienstes
ABl. L 102 vom 16.4.2011, S. 1-5

Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Nationale Bank van België/Banque Nationale de Belgique
Dok. 7151/11

2011/255/EU: Beschluss des Rates vom 11. April 2011 über die Unterzeichnung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und Neuseeland nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union, im Namen der Europäischen Union
ABl. L 110 vom 29.4.2011, S. 12-12

2011/247/EU: Beschluss des Rates vom 11. April 2011 über die Unterzeichnung — im Namen der Europäischen Union — des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und Australien nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union

ABl. L 104 vom 20.4.2011, S. 1-1; Dok. 6601/11

2011/256/EU: Beschluss des Rates vom 11. April 2011 zur Unterzeichnung im Namen der Europäischen Union des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Argentinischen Republik nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union

ABl. L 110 vom 29.4.2011, S. 13-13

Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses des Rates vom 26. Juli 2010 über die Teilnahme der Europäischen Union an den Verhandlungen über Änderungen des Protokolls von 1998 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle

Dok. 8207/11 + COR 1(fi)

Schlussfolgerungen des Rates zur Steuerung der Migration aus der südlichen Nachbarregion

Dok. 8710/2/11 REV 2

3082. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN) vom 12. April 2011 in Luxemburg

2011/283/EU: Beschluss des Rates vom 12. April 2011 über den Abschluss eines Protokolls zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme der Republik Moldau an den Programmen der Union

ABl. L 131 vom 18.5.2011, S. 1-1

2011/248/EU: Beschluss des Rates vom 12. April 2011 über die Unterzeichnung — im Namen der Union — des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union einerseits und der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits zur weiteren Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, Fisch und Fischereierzeugnissen und zur Änderung des Europa-Mittelmeer-Interimsassoziationsabkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zugunsten der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits

ABl. L 104 vom 20.4.2011, S. 2-2

Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union einerseits und der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits zur weiteren Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, Fisch und Fischereierzeugnissen und zur Änderung des Europa-Mittelmeer-Interimsassoziationsabkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zugunsten der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits
Dok. 7770/11 + COR1 (sv) + REV1 (sl)

Durchführungsbeschluss 2011/345/GASP des Rates vom 16. Juni 2011 zur Durchführung des Beschlusses 2011/137/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen
ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 93-94

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 573/2011 des Rates vom 16. Juni 2011 zur Durchführung des Artikels 16 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen
ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 5-6

2010/232/GASP: Beschluss 2010/232/GASP des Rates vom 26. April 2010 zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Birma/Myanmar
ABl. L 105 vom 27.4.2010, S. 22-108

Beschluss 2011/235/GASP des Rates vom 12. April 2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in Iran
ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 51-57

Verordnung (EU) Nr. 359/2011 des Rates vom 12. April 2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Iran
ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 1-11

Schlussfolgerungen des Rates zu Jemen
Dok. 8874/11

Schlussfolgerungen des Rates zu Bahrain
Dok. 8873/11

Schlussfolgerungen des Rates zu Libyen
Dok. 8925/11

Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien
Dok. 8871/11 + COR1

Schlussfolgerungen des Rates zu Côte d'Ivoire
Dok. 8972/11

Schlussfolgerungen des Rates zu Birma/Myanmar
Dok. 8736/11

**3083. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN)
vom 13. April 2011 in Luxemburg**

*Beschluss des Rates über die Modalitäten für die Aushandlung einer Währungsvereinbarung mit
der Französischen Republik zugunsten der französischen überseeischen Gebietskörperschaft
St.Barthélemy*

Dok. 7388/11 + REV1(fr) + COR1(sv)

Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im Stabilitäts- und Assoziationsrat, der gemäß dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kroatien andererseits eingerichtet worden ist, zu den Änderungen in Protokoll Nr. 4 zu dem genannten Abkommen über die Bestimmung des Begriffs "Erzeugnisse mit Ursprung in" oder "Ursprungserzeugnisse" und die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen
Dok. 8533/11

Schlussfolgerungen des Rates zur Strategie der Europäischen Union für den Donaauraum
Dok. 8388/11 + ADD1+REV1

3084. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI) vom 14. April 2011 in Luxemburg

Verordnung (EU) Nr. 512/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 732/2008 des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen für den Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2011
ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 28-29

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 10/2010 des Europäischen Rechnungshofs "Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Gebiete in äußerster Randlage und der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres"
Dok. 8443/11

Schlussfolgerungen des Rates zur Strategie für die Vorbereitung bestimmter Nachbarländer auf den Beitritt zu den EG-EFTA-Übereinkommen von 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren und die Vereinfachung der Förmlichkeiten im Warenverkehr
Dok. 6800/2/11 REV2

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln
Dok. 9124/3/10 REV3 + COR1 (el)

Schlussfolgerungen des Rates zu dem Plan zur Durchführung der EU-Strategie zur Unterstützung der Katastrophenvorsorge in Entwicklungsländern 2011-2014
Dok. 8605/11

Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG zur Erneuerung der Aufnahme des Wirkstoffs Car bendazim (Text von Bedeutung für den EWR)
Dok. 5974/11

Schriftliches Verfahren vom 19. April 2011

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 405/2011 des Rates vom 19. April 2011 zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von bestimmtem nichtrostendem Stabstahl mit Ursprung in Indien
ABl. L 108 vom 28.4.2011, S. 3-10

Schriftliches Verfahren vom 29. April 2011

Durchführungsbeschluss 2011/261/GASP des Rates vom 29. April 2011 zur Durchführung des Beschlusses 2010/656/GASP zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Côte d'Ivoire
ABl. L 111 vom 30.4.2011, S. 17-18

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 419/2011 des Rates vom 29. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 560/2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in der Republik Côte d'Ivoire
ABl. L 111 vom 30.4.2011, S. 1-2

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE APRIL 2011			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
3081. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 11./12. April 2011 in Luxemburg Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 über Ratingagenturen (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 70/10	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung der portugiesischen Delegation "Portugal unterstützt nachdrücklich das Ziel, der ESMA den Status einer wahrhaft europäischen Aufsichtsbehörde für Ratingagenturen zu geben und begrüßt daher die vorgeschlagene Verordnung, mit der der ESMA Zuständigkeiten für die Registrierung und Beaufsichtigung von Ratingagenturen zugewiesen werden. Portugal bedauert jedoch, dass die Durchsetzungsbefugnisse der ESMA aufgrund der vorgeschlagenen Verordnung wohl schwächer sein werden als die der nationalen zuständigen Behörden, die die Rechtsvorschriften des Finanzsektors gegenüber den Marktteilnehmern durchsetzen. Zwar erhält die ESMA Sanktionsbefugnisse, aber unserer Ansicht nach wäre es ein Fehler, diese auf die gleichsam mechanische Anwendung der gesetzlich vorgesehenen Kriterien und Beträge zu beschränken. Portugal erwartet, dass die Durchsetzungsbefugnisse der ESMA, insbesondere zu Beginn der Schaffung der Behörde, nicht auf die bloße Entscheidung zwischen Anwendung und Nichtanwendung einer Sanktion beschränkt sein werden."			
Erklärung des Vereinigten Königreichs, Spaniens, der Niederlande, Schwedens, Österreichs, Finnlands, Ungarns, Irlands und Luxemburgs "Die obengenannten Mitgliedstaaten begrüßen die Überarbeitung der Verordnung 1060/2009, welche die Beaufsichtigung von Ratingagenturen durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) entsprechend dem über das Paket der Aufsichtsmaßnahmen in der EU erzielten Einvernehmen ermöglichen wird. Ferner begrüßen die genannten Mitgliedstaaten insbesondere, dass die ESMA in Zusammenarbeit mit der EBA und der EIOPA bis zum 7. Juni 2011 Leitlinien zur Anwendung des Übernahmemechanismus nach Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung 1060/2009 erstellen und aktualisieren wird. Diese Leitlinien sind erforderlich, um klarzustellen, dass Ratings übernommen werden dürfen, wenn die einschlägigen Vorschriften des Drittlandes oder, falls solche nicht vorhanden sind, die Ratingagentur selbst Anforderungen genügen, die mindestens so streng sind wie die Anforderungen der Artikel 6 bis 12 der Verordnung 1060/2009. Im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung 1060/2009 ist die übernehmende Ratingagentur der ESMA gegenüber weiterhin für die Einhaltung dieser Anforderungen verantwortlich."			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE APRIL 2011			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Richtlinie 2011/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates zur Erweiterung ihres Anwendungsbereichs auf Personen, die internationalen Schutz genießen (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 66/10	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer CS und MT: dagegen
Erklärung der Kommission "Die Kommission erinnert an ihre Zusage, dass sie im Interesse der Bürger, im Sinne einer besseren Rechtsetzung und einer größeren Rechtstransparenz sowie zur Unterstützung der Prüfung der Übereinstimmung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit den Bestimmungen der EU dafür Sorge tragen wird, dass die Mitgliedstaaten Entsprechungstabellen aufstellen, die die von ihnen erlassenen Umsetzungsmaßnahmen mit der EU-Richtlinie verknüpfen, und der Kommission diese Tabellen im Rahmen der Umsetzung der Gesetzgebung der EU übermitteln. Die Kommission bedauert die mangelnde Unterstützung für die in dem Kommissionsvorschlag von 2007 enthaltene Bestimmung zur Änderung der Richtlinie über den langfristigen Aufenthalt, mit der bezweckt wurde, die Aufstellung von Entsprechungstabellen zwingend vorzuschreiben. Im Geiste des Kompromisses und um eine unverzügliche Annahme des Vorschlags über den langfristigen Aufenthalt zu gewährleisten, kann die Kommission sich damit einverstanden erklären, die in dem Text enthaltene verbindliche Vorschrift über die Entsprechungstabellen durch einen entsprechenden Erwägungsgrund zu ersetzen, in dem die Mitgliedstaaten dazu angehalten werden, diese Praxis einzuhalten. Der von der Kommission in diesem Dossier eingenommene Standpunkt kann jedoch nicht als Präzedenzfall angesehen werden. Die Kommission wird sich auch weiterhin bemühen, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und dem Rat eine geeignete Lösung für diese horizontale institutionelle Frage zu finden."			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE			
APRIL 2011			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung Malta "Malta bedauert, dass der Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates zwecks Erweiterung ihres Anwendungsbereichs auf Personen mit internationalem Schutzstatus seinen Schwierigkeiten nicht Rechnung trägt. Die Richtlinie wird den Druck, unter dem Malta aufgrund der hohen Anzahl von Personen mit internationalem Schutzstatus auf der Insel und seiner geringen Aufnahmekapazität steht, noch erhöhen. verweist insbesondere auf die Begründung des Berichts des Europäischen Parlaments zu diesem Vorschlag, in dem festgestellt wird, dass dieser Vorschlag den Druck verschärfen kann, dem Mitgliedstaaten ausgesetzt sind, in denen sich insbesondere aufgrund ihrer geografischen und demografischen Lage eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Personen mit internationalem Schutzstatus aufhält. In der Begründung wird ferner betont, dass die Bestimmungen der Richtlinie so angewandt werden sollten, dass Personen mit internationalem Schutzstatus, die in einem Mitgliedstaat, der einem solchen unverhältnismäßig hohen Druck ausgesetzt ist, den Status eines langfristig Aufenthaltsberechtigten erlangen, leichter das Recht ausüben können, in einem anderen Mitgliedstaat als demjenigen, der ihnen diesen Status zuerkannt hat, Aufenthalt zu nehmen; ruft die Mitgliedstaaten auf, dieser Empfehlung zu entsprechen und die Umsiedlung von Personen mit internationalem Schutz aus Malta zu erleichtern, wenn sie dort den Status eines langfristig Aufenthaltsberechtigten erlangt haben, um die negativen Auswirkungen, die die Umsetzung dieser Richtlinie andernfalls hätte, zu mildern, wiederholt seine Forderung nach mehr Solidarität durch Umverteilung von Personen mit internationalem Schutzstatus innerhalb der EU, wie es im Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl gefordert und in den Schlussfolgerungen des Rates, die sich der Europäische Rat am 17. Juni 2010 zu eigen gemacht hat, noch einmal bestätigt wurde; erinnert daran, dass für die Einwanderungs- und Asylpolitik der Europäischen Union gemäß Artikel 80 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) der Grundsatz der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten gilt, und erklärt, dass der Vorschlag keine Maßnahmen zur Umsetzung dieses Grundsatzes enthält, obwohl es sich hier um den ersten Rechtsakt handelt, der im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) erlassen werden soll; erwartet, dass die anderen im Rahmen des GEAS zu erlassenden Rechtsakte dem in Artikel 80 AEUV verankerten Grundsatz in vollem Umfang Rechnung tragen und dass entsprechend diesem übergeordneten Grundsatz die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit angewandt wird."			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE APRIL 2011			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung (EU) Nr. 511/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Korea	PE-CONS 8/11	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
3084. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI) vom 14. April 2011 in Luxemburg			
Verordnung (EU) Nr. 512/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 732/2008 des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen für den Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2011	PE-CONS 10/2/11 REV2	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schriftliches Verfahren vom 1. April 2011 Beschluss 2011/210/GASP des Rates vom 1. April 2011 über eine Militäroperation der Europäischen Union zur Unterstützung humanitärer Hilfseinsätze als Reaktion auf die Krisensituation in Libyen ("EUFOR Libya") Dok. 8210/11 + COR1 (pt) + COR2 (it) + COR 3(et) Schriftliches Verfahren vom 6. April 2011 Beschluss 2011/221/GASP des Rates vom 6. April 2011 zur Änderung des Beschlusses 2010/656/GASP zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Côte d'Ivoire Dok. 7242/11 + ADD1 REV2 Verordnung (EU) Nr. 330/2011 des Rates vom 6. April 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 560/2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in Côte d'Ivoire Dok. 7246/11 ADD1 REV2 Schriftliches Verfahren vom 8. April 2011 Durchführungsbeschluss 2011/230/GASP des Rates vom 8. April 2011 zur Durchführung des Beschlusses 2010/656/GASP zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Côte d'Ivoire Dok. 8686/11 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 348/2011 des Rates vom 8. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 560/2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in der Republik Côte d'Ivoire Dok. 8687/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3081. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 11./12. April 2011 in Luxemburg Schlussfolgerungen des Rates zum Jahresbericht 2010 und zum Arbeitsprogramm 2011 des Europäischen Netzes für Kriminalprävention (ENKP) Dok. 7135/1/11 REV1 + COR 1 (de) +COR 2 (sk) + REV 2 (mt) Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung der Kriminalprävention durch Umweltgestaltung Dok. 8094/11 EntschlieÙung des Rates über den Einsatz von Polizeihunden in der Europäischen Union Dok. 8178/11 + REV 1 (it) EntschlieÙung des Rates betreffend Empfehlungen für die Ausrichtung von großen Fußball- und anderen Sportveranstaltungen, insbesondere von Turnieren mit mehr als einem Ausrichterland Dok. 8179/11 + COR 1 (nl) + COR 2 (pt) Schlussfolgerungen des Rates über den Beitrag der Zollbehörden zur Umsetzung des Stockholmer Programms bei der Bekämpfung schwerer und organisierter grenzüberschreitender Kriminalität Dok. 8096/11 Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Weiterentwicklung der Risikobewertung im Hinblick auf das Katastrophenmanagement innerhalb der Europäischen Union Dok. 8068/11 + COR 1+ REV 1 (hu, pl, sk) Schlussfolgerungen des Rates zur Zusammenarbeit zwischen Europol und dem SECI-Zentrum/SELEC Dok. 8185/11	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
APRIL 2011**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Verordnung (EU) Nr. 370/2011 des Rates vom 11. April 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 215/2008 über die Finanzregelung für den 10. Europäischen Entwicklungsfonds hinsichtlich des Europäischen Auswärtigen Dienstes Dok. 7497/11 + REV 1 (en) Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Nationale Bank van België/Banque Nationale de Belgique Dok. 7151/11 2011/255/EU: Beschluss des Rates vom 11. April 2011 über die Unterzeichnung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und Neuseeland nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union, im Namen der Europäischen Union Dok. 6534/11 2011/247/EU: Beschluss des Rates vom 11. April 2011 über die Unterzeichnung — im Namen der Europäischen Union — des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und Australien nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union Dok. 6601/11	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
APRIL 2011**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
2011/256/EU: Beschluss des Rates vom 11. April 2011 zur Unterzeichnung im Namen der Europäischen Union des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Argentinischen Republik nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Republik Bulgarien und Rumäniens im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union Dok. 6607/11 Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses des Rates vom 26. Juli 2010 über die Teilnahme der Europäischen Union an den Verhandlungen über Änderungen des Protokolls von 1998 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle Dok. 8207/11 + COR1 (fi) Schlussfolgerungen des Rates zur Steuerung der Migration aus der südlichen Nachbarregion Dok. 8710/2/11 REV2 3082. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN) vom 12. April 2011 in Luxemburg 2011/283/EU: Beschluss des Rates vom 12. April 2011 über den Abschluss eines Protokolls zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme der Republik Moldau an den Programmen der Union Dok. 8375/11 + COR1	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
APRIL 2011**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
2011/248/EU: Beschluss des Rates vom 12. April 2011 über die Unterzeichnung — im Namen der Union — des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union einerseits und der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits zur weiteren Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, Fisch und Fischereierzeugnissen und zur Änderung des Europa-Mittelmeer-Interimsassoziationsabkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zugunsten der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits Dok. 7767/11 + COR1 (sv) Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union einerseits und der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits zur weiteren Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, Fisch und Fischereierzeugnissen und zur Änderung des Europa-Mittelmeer-Interimsassoziationsabkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zugunsten der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits Dok. 7770/11 + COR1 (sv) + REV1 (sl) Durchführungsbeschluss 2011/345/GASP des Rates vom 16. Juni 2011 zur Durchführung des Beschlusses 2011/137/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen Dok. 8438/11 + ADD1 REV2 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 573/2011 des Rates vom 16. Juni 2011 zur Durchführung des Artikels 16 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen Dok. 8439/11 + ADD1 REV2	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
2010/232/GASP: Beschluss 2010/232/GASP des Rates vom 26. April 2010 zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Birma/Myanmar Dok. 8593/11 + ADD4 REV1 Beschluss 2011/235/GASP des Rates vom 12. April 2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in Iran Dok. 8430/11 + ADD1 REV1 Verordnung (EU) Nr. 359/2011 des Rates vom 12. April 2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Iran Dok. 8437/11 ADD1 REV1 Schlussfolgerungen des Rates zu Jemen Dok. 8874/11 Schlussfolgerungen des Rates zu Bahrain Dok. 8873/11 Schlussfolgerungen des Rates zu Libyen Dok. 8925/11 Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien Dok. 8871/11 + COR1 Schlussfolgerungen des Rates zu Côte d'Ivoire Dok. 8972/11 Schlussfolgerungen des Rates zu Birma/Myanmar Dok. 8736/11	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
APRIL 2011**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3083. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 13. April 2011 in Luxemburg Beschluss des Rates über die Modalitäten für die Aushandlung einer Währungsvereinbarung mit der Französischen Republik zugunsten der französischen überseeischen Gebietskörperschaft St.Barthélemy Dok. 7388/11 + REV1(fr) + COR1(sv) Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im Stabilitäts- und Assoziationsrat, der gemäß dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kroatien andererseits eingerichtet worden ist, zu den Änderungen in Protokoll Nr. 4 zu dem genannten Abkommen über die Bestimmung des Begriffs "Erzeugnisse mit Ursprung in" oder "Ursprungserzeugnisse" und die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen Dok. 8533/11 Schlussfolgerungen des Rates zur Strategie der Europäischen Union für den Donauraum Dok. 8388/11 + ADD1 REV1 Erklärung der deutschen und der bulgarischen Delegation Die ungarische Delegation schliesst sich den beiden ersten Absätzen dieser Erklärung an. "Deutschland erklärt, dass es dem folgenden Zielvorschlag in Ziffer 3.1 der Mitteilung der Kommission (KOM(2010) 715 endg.) nicht zustimmen kann: "- Beseitigung bestehender Engpässe für die Schifffahrt auf dem Fluss, damit Schiffe der Kategorie VIb bis 2015 ganzjährig verkehren können". Der Zielvorschlag unter 3.1 (2. Anstrich, incl. Fußnote) enthält über die Mindestanforderungen für Ausbaumaßnahmen gemäß TEN-T Leitlinien (Beschluss Nr. 661/2010/EU) hinausgehende Festlegungen hinsichtlich Wasserstraßenklasse, Jährlichkeit und Abladetiefe, die nicht auf allen Donauabschnitten gleichermaßen erfüllt werden können. Die Ausbauparameter müssen sich deshalb an den jeweiligen Gegebenheiten der Streckenabschnitte orientieren. Die derzeit für den Donauabschnitt zwischen Straubing und Vilshofen mit finanzieller Förderung der EU laufenden variantenunabhängigen Untersuchungen werden ergebnisoffen geführt und sind nicht auf das Ziel "Klasse VIb" ausgerichtet."	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Erklärung der österreichischen und der rumänischen Delegation "Österreich teilt den Vorbehalt gegen den Zielvorschlag, auf den in der deutschen Erklärung Bezug genommen wird. Es äußert die Erwartung, dass dieser Zielvorschlag nach dem in den Schlussfolgerungen des Rates (Dok. ST 8388/11) festgelegten Verfahren überarbeitet wird." 3084. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI) vom 14. April 2011 in Luxemburg Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 10/2010 des Europäischen Rechnungshofs "Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Gebiete in äußerster Randlage und der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres" Dok. 8443/11 Schlussfolgerungen des Rates zur Strategie für die Vorbereitung bestimmter Nachbarländer auf den Beitritt zu den EG-EFTA-Übereinkommen von 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren und die Vereinfachung der Förmlichkeiten im Warenverkehr Dok. 6800/2/11 REV2 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln Dok. 9124/3/10 REV3 + COR1 (el)	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE

APRIL 2011

SONSTIGE RECHTSAKTE

Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen

Erklärung Bulgariens, der tschechischen Republik, Deutschlands, Estlands, Ungarns, Österreichs, Portugals, Rumäniens, Sloweniens und Finnlands zu verbesserten Regeln der Ursprungskumulierung zwischen der EU, den EFTA-Staaten, den Teilnehmern am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union und der Türkei

"Bulgarien, die Tschechische Republik, Deutschland, Estland, Ungarn, Österreich, Portugal, Rumänien, Slowenien und Finnland möchten den verschiedenen Ratsvorsitzen sowie der Kommission und den Mitgliedstaaten für ihre Arbeit danken, die zu der Einigung über das regionale Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln geführt hat.

Um die mit hohem Verwaltungsaufwand verbundenen Ursprungsregeln zu vereinfachen und zu modernisieren, hat die Kommission bereits die Überarbeitung der Präferenzursprungsregeln im Rahmen des Übereinkommens eingeleitet; zwar lässt es sich nur schwer absehen, wann das überarbeitete Übereinkommen zur Anwendung kommen kann, es sei aber darauf hingewiesen, dass einige bereits geltende Regeln vorsehen, dass der Verwaltungsaufwand bei der Anwendung der Kumulierung verringert wird.

Da praktikable und wirksame Kumulierungsregeln für die Handelszusammenarbeit zwischen den Partnern einer Kumulierungszone von wesentlicher Bedeutung sind, sprechen wir uns dafür aus, die Regeln für die diagonalen Kumulierungsmöglichkeiten so zu gestalten, dass sie einfach anzuwenden sind und gleichzeitig alle relevanten Faktoren berücksichtigen.

Angesichts der Beitrittsperspektive der Teilnehmer am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union würden diagonale Kumulierungsmöglichkeiten auf der Grundlage leicht handhabbarer Ursprungsregeln insbesondere zu einer stärkeren Handelszusammenarbeit, zu Wirtschaftswachstum und zu Stabilität in der Region der westlichen Balkanstaaten beitragen."

Erklärung des Vereinigten Königreichs, die von Belgien, der Tschechischen Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Frankreich, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Polen und Finnland unterstützt wird

"Die Unterstützung des Vereinigten Königreichs für die Annahme dieser Maßnahme berührt in keiner Weise die Tatsache, dass wir die Bezugnahme auf das Kosovo als 'das Kosovo im Sinne der Resolution 1244/99 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen' nach wie vor ablehnen, da dies unserer Meinung nach einen nicht wirklich statusneutralen Standpunkt widerspiegelt. Das Vereinigte Königreich ruft den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Europäische Kommission auf, so bald wie möglich im Hinblick auf eine wirklich statusneutrale Bezeichnung eine bereichsübergreifende Überprüfung der Bezeichnung des Kosovo in allen Dokumenten der EU durchzuführen."

Erklärung Rumäniens, die von Griechenland, Spanien, Zypern und der Slowakei unterstützt wird

"Rumänien erklärt, dass der Beschluss über die Unterzeichnung des regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln den unveränderten Standpunkt Rumäniens bezüglich des Status des Kosovo nicht berührt. Dabei vertritt Rumänien die Auffassung, dass die Bezeichnung des Kosovo als 'Kosovo im Sinne der Resolution 1244/99 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen' in den Dokumenten der EU und vor allem in Abkommen zwischen der EU und dem Kosovo einen statusneutralen Standpunkt widerspiegelt."

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zu dem Plan zur Durchführung der EU-Strategie zur Unterstützung der Katastrophenvorsorge in Entwicklungsländern 2011-2014 Dok. 8605/11 Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG zur Erneuerung der Aufnahme des Wirkstoffs Carbendazim (Text von Bedeutung für den EWR) Dok. 5974/11 Schriftliches Verfahren vom 19. April 2011 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 405/2011 des Rates vom 19. April 2011 zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von bestimmtem nichtrostendem Stabstahl mit Ursprung in Indien Dok. 8356/11 Schriftliches Verfahren vom 29. April 2011 Durchführungsbeschluss 2011/261/GASP des Rates vom 29. April 2011 zur Durchführung des Beschlusses 2010/656/GASP zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Côte d'Ivoire Dok. 9447/11 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 419/2011 des Rates vom 29. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 560/2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in der Republik Côte d'Ivoire Dok. 9448/11	